8 **Stadt und Zivilgesellschaft**
The City and Civil Society
Uli Hellweg

THESEN: Befunde und Einschätzungen
THESES: Findings and Evaluations

30 **Planung im öffentlichen Interesse?**
Planning in the Public Interest?
Martina Löw

40 **Vertrauensverlust in Parteien und Politik**
Loss of Confidence in Political Parties and Policy
Oliver G. Hamm, Michael Koch

42 **Planungsrecht und Bürgerbeteiligung**
Planning Law and Participation
Michael Krautzberger

50 **All hands on deck!**
All Hands on Deck!
Heinrich Mäding

60 **Das große Online-Missverständnis**
The Big Online Misconception
Julian Petrin

72 **Bürgerbeteiligung als „Particitainment"?**
Civic Involvement as "Particitainment"?
Klaus Selle

UMSCHAU: Erkenntnisse und Lehren
OVERVIEW: Insights and Lessons

82 **Mythos, Macht und Ohnmacht**
Myth, Power, and Failure
Barbara Schönig

90 **Ägyptens Revolution**
Egypt's Revolution
Mohamed Elshahed

98 **Dezentralisierung oder Koevolution**
Decentralisation or Co-evolution
Luuk Boelens

104 **Von Bürgern und Initiativen**
Citizens and Initiatives
Gert Kähler

ERFAHRUNGEN: Möglichkeiten und Grenzen
EXPERIENCES: Possibilities and Limitations

114 **Großes Beteiligungsrauschen**
Much Ado about Participation
Daniel Luchterhandt

140 **Das Netzwerk der IBA-Partner**
The IBA Partners' Network
Gerti Theis

146 **Mitwirkung von Investoren und Bauherren**
Involving Investors and Building Contractors
Margit Bonacker

150 **Die Kunst der Beteiligung**
The Art of Participation
Constanze Klotz

154 **Mehr als ein Feigenblatt?**
More than just a Fig Leaf?
Corinna Peters-Leimbach, Bettina Kiehn, Theda von Kalben, Dirk Meyhöfer

162 **Stadtteilentwicklung „von unten"?**
Neighbourhood Development "From Below"?
Gabriela B. Christmann

172 **Lessons learned?**
Lessons Learned?
Christian Holl

180 **„Clash of Civilizations" an der Oberspree**
"Clash of Civilizations" in Oberspree
Oliver G. Hamm

188 **Feuerprobe in der Bibliothek**
Trial by Fire in the Library
Stefan Rettich

198 **Die geplant ungeplante Stadt**
The Planned Unplanned City
Olaf Bartels

204 **Wohnraum ist kein Produkt, sondern ein Prozess**
Housing is not a Product but a Process
Jeanne van Heeswijk

208 **Neue Formen von Public-Private-Partnership**
New Forms of Public-Private Partnership
Margit Bonacker, Thomas Krüger, Michael Koch, Oliver G. Hamm

226 **Ein Streifzug durch Blogs und Foren**
A Browse through Blogs and Forums
Rudolf D. Klöckner, René Reckschwardt

POSITIONEN: Notwendigkeiten und Auswege
POSITIONS: Requirements and Solutions

236 **Bürgerbeteiligung**
Civic Participation
Jutta Blankau

246 **Zivilgesellschaft und Planungskultur**
Civil Society and Planning Culture
Jörn Walter

258 **Bürgerengagement**
Citizens' Involvement
Manuel Humburg

266 **Sieg der Leute**
Victory for the People
Christoph Twickel

272 **Teilhabe durch Komplizenschaft**
Participation through Complicity
Gesa Ziemer

280 **Stadt und urbane Praxis**
The City and Urban Practice
Christopher Dell

286 **Planung und Wirklichkeit**
Planning and Reality
Stefan Kurath

290 **Der Beitrag der Mäzene**
The Contribution of Patrons
Elke Becker, Rupert Graf Strachwitz

298 **Mäzenatenstiftung versus öffentliche Planung**
Corporate Patronage versus Public Planning
Jörg Beste

304 **Zivilgesellschaft und Planerausbildung**
Civil Society and Planning Training
Riklef Rambow

310 **Interaktive Entwurfsstrategien für Architektur und Städtebau**
Interactive Design Strategies for Architecture and Urban Planning
Susanne Hofmann

318 **Die Kunst des Machbaren**
The Art of the Possible
Theresa Keilhacker

326 **Gesellschaftliche Beteiligungsprozesse**
Social Participation Processes
Volker Bauer, Jürgen Dege-Rüger

IBA at WORK
Baustellen und Schaustellen der Internationalen Bauausstellung Hamburg
IBA AT WORK
Building Sites and Showcases of the International Building Exhibition Hamburg

338 **Projektübersicht – Kosmopolis – Metrozonen – Stadt im Klimawandel**
Project Overview – Cosmopolis – Metrozones – Cities and Climate Change
IBA Hamburg

346 **Autoren**
Authors

351 **Bildnachweise**
Picture Credits

352 **Impressum**
Imprint

ULI HELLWEG

Stadt und Zivilgesellschaft

Gedanken zu einem politischen und räumlichen Beziehungsgeflecht

Der 6. Band der IBA Schriftenreihe *METROPOLE:* widmet sich dem Thema „Zivilgesellschaft". Begrifflich grenzt der Terminus die bürgerlich-demokratische Verfasstheit eines Gemeinwesens von autoritären oder militaristischen Staats- und Regierungsvorstellungen ab. Habermas hat darauf hingewiesen, dass sich die Zivilgesellschaft von der Bürgergesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts vor allem dadurch unterscheidet, dass sich ihre Bedürfnisse nicht auf den Markt und die Kapitalbildung konzentrieren, sondern auf die lebensweltlichen Probleme und Bedürfnisse. „Was heute Zivilgesellschaft heißt", schreibt er in seiner rechtssoziologischen Abhandlung *Faktizität und Geltung*, „schließt nämlich die privatrechtlich konstituierte, über Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte gesteuerte Ökonomie nicht mehr, wie noch bei Marx im Marxismus, ein. Ihren institutionellen Kern bilden vielmehr jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern."[1] Habermas unterscheidet zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die institutionell gefestigt „vor dem Publikum" agieren und solchen, die mehr oder weniger flüchtig und befristet „aus dem Publikum" hervortreten. Zu Ersteren gehören die großen Nichtregierungsorganisationen wie die karitativen Institutionen und Interessensverbände, Parteien, Kirchen etc., die sich auf ein etabliertes System von Einflussmöglichkeiten, medialer Macht und institutioneller Öffentlichkeit beziehen können. Jene Akteure hingegen, die „aus dem Publikum hervortreten", müssen ihre Identifikationsmerkmale erst aus konkreten Anlässen und Konflikten schaffen.

Ob Mieter- oder Bewohnerinitiativen, Hausbesetzer, Umwelt- oder Friedensaktivisten, Globalisierungsgegner oder Occupisten – Ausgangspunkt und Basis zivilgesellschaftlichen Engagements ist „Betroffenheit", der sowohl die unmittelbare eigene Lebenswelt als auch die persönliche kulturelle Werteordnung zugrunde liegen kann. Hausbesetzer wird man aufgrund der Erfahrung von Wohnungsnot, Tierschützer aus moralischer Empörung über Massentierhaltung. „Betroffenheit" und „Engagement" – als deren Folgen – resultieren gewöhnlich aus tatsächlichen oder subjektiv empfundenen Defiziten des bestehenden Politik-, Rechts- und Wirtschaftssystems, die durch die Mechanismen und Strukturen der repräsentativen Demokratie nicht oder zu spät erkannt und behoben werden. Die zivilgesellschaftlichen Akteure verlassen dabei ihren privaten Bereich, organisieren sich entlang gemeinsamer Interessen, nutzen die Medien der Öffentlichkeit und schaffen so eine eigenständige politische Sphäre. Ziel ist es, Einfluss auf politische Entscheidungen und Verhaltensweisen formeller Machtstrukturen zu nehmen, in der Regel auf den Staat oder auf große Wirtschaftsunternehmen. Dabei sind die Erfolge beeindruckend: ob auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene – die Zivilgesellschaft ist, vor allem auch durch die neuen Plattformen des Internets, zu einem Machtfaktor geworden, den Diktatoren wie demokratisch gewählte Regierungen, multinationale Wirtschaftsunternehmen oder die internationale

„Zeichen von Respekt", Ausstellung im Rahmen der „Akademie einer anderen Stadt", einer Kunstplattform der IBA Hamburg, 2009 "Signs of Respect" exhibition: part of "Academy of Another City," an Arts Platform of the IBA Hamburg, 2009

ULI HELLWEG

The City and Civil Society

Thoughts on a Political and Spatial Network of Relationships

Finanzwelt gleichermaßen fürchten gelernt haben. Ob diese „dritte Macht" tatsächlich schon eine „Weltmacht" ist, wie die *New York Times* angesichts der weltweiten Proteste gegen den Irak-Krieg 2003 meinte, bleibt abzuwarten. Tatsache ist, dass sich nicht nur die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den letzten Jahrzehnten exponentiell entwickelt hat, sondern dass diese Organisationen auch seit Jahren im Vergleich zu den staatlichen Institutionen, den Medien und den Unternehmen das größte Vertrauen in der Bevölkerung genießen – und das nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Urbane Gesellschaft und Zivilgesellschaft

Der Humus für die Herausbildung der Zivilgesellschaft sind die Städte. Hier wurden und werden gegenwärtig in vielen Ländern die Freiheitsrechte erkämpft, die eine Zivilgesellschaft ermöglichen: Freie Wahlen, Versammlungs-, Presse- und Organisationsfreiheit sind die zentralen Forderungen der zivilgesellschaftlichen Bewegungen von Peking bis Kairo. In den Städten haben die Menschen die Chance, sich um die Dinge zu kümmern, die sie bewegen; hier können sie sich – frei von den Fesseln ländlich-familiärer oder autoritärer Bevormundung – mit Gleichgesinnten zusammentun, vorausgesetzt allerdings, dass das Leben in den Städten ihnen den Zugang zu den Ressourcen, zu einem auskömmlichen Lebensstandard, zu Arbeit und Bildung ermöglicht.
Seit der Jahrtausendwende lebt mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten, im Jahr 2050 werden es mehr als zwei Drittel sein.[2] Tatsächlich könnte der Verstädterungsprozess dazu beitragen, ein großes Menschheitsproblem zu lösen: nämlich das einer drohenden Übervölkerung unseres Planeten. Das Leben in den Städten ist – im Vergleich zu jenem auf dem Land – mit einem Rückgang der Geburtenzahlen verbunden. Daher wird sich das globale Bevölkerungswachstum durch den fortschreitenden Urbanisierungsprozess voraussichtlich verlangsamen, im Jahr 2050 könnte die Zahl der Menschen bei neun bis zehn Milliarden stagnieren.

Andrea Knobloch: *Zürich rührt sich*, Installation, 2007/2009. Ein Beitrag der Ausstellung „Zeichen von Respekt" Andrea Knobloch: *Zürich rührt sich*, Installation, 2007/2009. Part of the "Signs of Respect" exhibition

Die gewaltige Herausforderung der Ernährung einer – gegenüber heute – noch einmal um fast 50 Prozent gewachsenen Menschheit ist bei einer entsprechend nachhaltig organisierten Land- und Stadtwirtschaft und einem veränderten Umgang mit Lebensmitteln in den reichen Gesellschaften nicht unmöglich, wie Analysen der Welternährungsorganisation FAO belegen. Die Kehrseite der Urbanisierung – und die vielleicht größte Gefahr für eine globale urbane Zivilgesellschaft – ist der gegenwärtig mit der Verstädterung verbundene, sich dramatisch vergrößernde ökologische Fußabdruck der Menschheit. Bei einem „Weiter so" („current policies") steigen Ressourcenverbrauch und CO_2-Ausstoß bis Mitte des Jahrhunderts um rund 50 Prozent. Das bedeutet, dass in nur 30 Jahren nahezu die Hälfte des gesamten CO_2-Budgets der Menschheit für die nächsten 90 Jahre verbraucht sein würde.[3] Der ökologische Fußabdruck der Menschheit erforderte bei den erwarteten sechs Milliarden Städtern und einem „Weiter so" nach dem neuesten WWF-Bericht ein Biokapazitätsäquivalent von 2,9 Erden. Deutlicher könnte es

Volume 6 in the IBA series *METROPOLIS:* is devoted to the theme of "civil society." Conceptually, the term differentiates the bourgeois-democratic constitution of a body politic from authoritarian or militaristic notions of State and government. Habermas has pointed out that bourgeois civil society during the 18th and 19th centuries was mainly distinguished by the fact that its needs were not focused on the market and the accumulation of capital, but on the problems and needs of the "lifeworld." In his treatise on law and sociology, *Between Facts and Norms*, he wrote: "What is meant by 'civil society' today, in contrast to its usage in the Marxist tradition, no longer includes the economy as constituted by private law and steered through markets in labour, capital, and commodities. Rather, its institutional core comprises those non-governmental and non-economic connections and voluntary associations that anchor the communication structures of the public sphere in the society component of the lifeworld."[1] Habermas makes the distinction between civil society actors who act "in front of the public" from within an established institution, and those who emerge "from the public" in more or less fleeting and temporary ways. The first group includes large non-governmental organisations like charitable institutions and interest groups, political parties, churches, and so on, which may relate to an established system of opportunities to exert influence, media power, and an institutional public sphere. By contrast, those actors who emerge "from the public" must first create their identifying features from specific occasions and conflicts.
Whether tenants or residents' groups, squatters, environmental or peace activists, opponents of globalisation or occupists – the starting point and basis of civil society engagement is "being affected," which can be based on the individual's immediate lifeworld as well as on his or her own cultural value system. You become a squatter through the experience of needing a home, or an animal rights activist through moral indignation about factory farming. The consequences of "being affected" and "engagement" usually result from shortcomings, real or subjectively felt, in the existing political, legal and economic system, which are recognised and remedied either belatedly or not at all through the mechanisms and structures of representative democracy. In the process, the civil society actors leave their private domain, organise themselves along the lines of common interests, make use of the public media, and thus create an independent political sphere. The aim is to influence the political decision-making and behaviour of formal power structures, usually the State or big business.
What is more, the achievements are impressive: whether at local, national, or international level – civil society has, mainly through the new Internet platforms as well, become a power factor that dictators, democratically elected governments, multinational concerns, and the global financial world have all equally learned to fear. Whether this "third power" is in fact already a "global power," as *The New York Times* believed in light of international protests against the Iraq War in 2003, remains to be seen. The fact is that not only has the number of civil society organisations grown exponentially in recent decades, these organisations have for many years also enjoyed the population's greatest trust, compared to State institutions, the media, and businesses – not just in Europe, but worldwide.

Urban Society and Civil Society

Cities are the seedbed for the development of civil society. In many countries, this is where the civil rights that make civil society possible have been, and are still being, fought for: free elections, freedom of assembly, press freedom and the right to organise are the central demands of the civil society movements from Beijing to Cairo. In the cities, people have the opportunity to deal with the things that affect them; free from the shackles of rural, familiar or authoritarian paternalism, there they can work together with like-minded people, provided, that is, that life in the cities allows them access to resources, an adequate living standard, work, and education. Since the turn of the millennium, more than half of the human race lives in cities, and by 2050 the figure will be over two-thirds.[2] In

Jenseits von Klasse und Schicht – Individualisierung?

Wahlabsichten, Kirchengangshäufigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft lassen sich heute häufig nicht mehr eindeutig Klassen oder Schichten zuordnen.[3] Gleichwohl muss konstatiert werden, dass Bildungschancen nach wie vor stark von der Herkunftsklasse abhängen. In einer 18 europäische Länder vergleichenden Studie kommt Bernardi[4] zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, zum Beispiel einen Hochschulabschluss zu erwerben, immer noch stark von dem sozialen Milieu abhängt, aus dem ein junger Mensch kommt.[5]
Im Unterschied dazu hat sich das Freizeithandeln deutlich homogenisiert. Die Klassenlage bestimmt sowohl den Musikgeschmack[6] als auch den Filmgeschmack[7] nur noch geringfügig. Zwar stehen teure Freizeitvergnügen (zum Beispiel Skifahren) nur wenigen Milieus offen, doch es zeigt sich umgekehrt, dass gerade diejenigen, die über Geld und Bildung verfügen, sich heute für sehr unterschiedliche Freizeitvergnügen und Ästhetiken interessieren, was tendenziell die Koppelung von Freizeitaktivität und Schichtzugehörigkeit unterläuft.[8]
Unverändert bleibt, dass Menschen sich einer Schicht selbst zuordnen; allerdings fällt es heute schwerer, andere Menschen vom bloßen Eindruck her nach Schichten zu gruppieren.[9]
Zusammenfassend bedeutet das: Während die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssektor stark von der sozialen Lage abhängen, zeigt sich eine Annäherung der unterschiedlichen Milieus im Freizeithandeln (welches ganz wesentlich die Interessen am öffentlichen Raum bestimmt) und in ästhetischen Praktiken (weswegen Menschen nicht mehr nach Kleidungsstil und Körperausdruck unmittelbar Milieus zugeordnet werden können).

Welche neuen Pluralisierungen prägen den Alltag in Städten?

Städte sind der Inbegriff von Vielfalt. Lässt sich keine Pluralität von Lebensformen finden, so handelt es sich im soziologischen Sinne gar nicht um eine Stadt. Die Frage ist nun, ob die Vielfalt einen kritischen Punkt überschreitet, an dem der Zusammenhalt gefährdet ist. Unter Klassengesichtspunkten gibt es neue Zuspitzungen, zum Beispiel die Verteuerung der Mieten in den Großstädten, und neue Annäherungen, zum Beispiel in gemeinsamen Freizeitinteressen.
Dass Planung im Vergleich zu früheren Jahrzehnten mit stärkeren Klassengegensätzen zu kämpfen hätte, davon kann keine Rede sein. Die Frage ist demnach, welche neuen Pluralisierungen den Alltag in Städten und dessen Planung erschweren.
In den letzten 50 Jahren hat sich der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer fast vervierfacht.[10] Damit einher geht (wenn auch nicht ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen), dass der Alltag in Städten heute durch eine wachsende Vielfalt von Glaubensgemeinschaften geprägt ist. Deutschland ist ein multikulturelles Land geworden. Diese Vielfalt wird in Städten besonders deutlich.

Doppelhaushälften 13–15, 2007

For some time now, the spotlight has turned once again on urban social problems. From the rail magazine *mobil* to the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* the challenges thrown up by gentrification and segregation are being elucidated. The conversion of rented flats to holiday homes, rent levels, the homogenisation of neighbourhoods – these are expressions of social injustice which are perceived as a threat to social cohesion. The interests of the urban population are obviously diverse. While some emphasise their claims to urban rights and demand state intervention and more equitable social planning as a matter of urgency,[1] others throw more sceptical comments into the debate. According to them, the upgrading of local districts – in moderation – is always desirable and is precisely what maintains urban diversity.[2] Others, on the other hand, want to invest in apartments as a way of improving their pensions and defend high rent levels on the grounds that this is simply the law of the market.
Mixed in with this diversity of rich and poor is the diversity of ethnic groups. Admittedly, many poor people are also immigrants, but this does not exhaustively reflect the variety of interests. The apartments that large Indian families look for in German cities are different from those sought by South American women who come to the country alone in order to feed their families back home. There are marked differences in the way Turkish, Swedish, and Nigerian immigrants evaluate the qualities that they believe a public space should feature. If we then think of the different expectations of men and women in terms of public spaces, how differently children and adults move around the city, and how aesthetic preferences differ according to social background, it rapidly becomes clear that every instance of planning comes under pressure to prove its legitimacy. Exactly which public interests are being used as justification for planning becomes a blurred issue.
Such interests seem to be mutually exclusive. Even the setting of priorities is not entirely uncontroversial: is the first priority to preserve diversity, build in a suitable aesthetic style (which one?), support the local economy, or counteract social disadvantage? How is the planning of public space related to the structuring of the housing market?
To this extent, the first hypothesis about the consequences of changes in civil society for planning, raised by the editors of this volume, is a plausible one: a threat to social cohesion strips planning of its legitimacy, because gearing planning goals to a general "public interest" becomes impossible. The explanation is that pluralisation and individualisation of society lead to diverging interests and make it difficult to elaborate consensual goals. Is the situation hopeless then? It is worth subjecting the hypothesis to critical analysis in order to map out strategies for the future.

Beyond Class and Social Strata – Individualisation?

Nowadays it is no longer possible to clearly attribute voting preferences, frequency of church attendance, and trade union membership to classes or social strata.[3] Nevertheless, the fact is that educational opportunities continue to be extremely dependent on the class of origin. In a study comparing 18 European countries, Bernardi[4] concludes that the probability of obtaining a university degree, for instance, still depends heavily on a young person's original social background.[5]
By contrast, leisure activities have become distinctly homogenised. Class position still determines taste in both music[6] and films[7] but only marginally. Expensive leisure pursuits (like skiing for instance) are still only open to a few social backgrounds, admittedly, but by contrast precisely those with access to money and education are now interested in a very wide range of leisure activities and aesthetic preferences, which tends to subvert the linkage between recreational activity and class affiliation.[8]
The fact that people associate themselves with a social class remains unchanged, though it is far more difficult these days to group other people according to class from a first impression.[9] In short, this means that, while opportunities in the labour market and educational sector

OLIVER G. HAMM, MICHAEL KOCH

Vertrauensverlust in Parteien und Politik

Anmerkungen zu einem ungeschriebenen Beitrag

An dieser Stelle war der zweite von sechs Thesenbeiträgen, mit denen in das Thema „Zivilgesellschaft" im vorliegenden Band der IBA-Schriftenreihe eingeführt wird, vorgesehen. Das Thema: „Vertrauensverlust in Parteien und Politik untergräbt die demokratische Legitimität von Planungen."
Was lag näher, als die Piratenpartei um einen Beitrag zu bitten; erhielt sie doch aufgrund ihres unkonventionellen Auftritts so viel Aufmerksamkeit und Zustimmung, dass sie im Herbst 2011 erstmals in ein Länderparlament einzog. Nach einer Zusage des stadtentwicklungspolitischen Sprechers der Piraten-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im Mai 2012 versiegte die Kommunikation frühzeitig. Ob es der Abgeordnete in dem täglichen Medien- und Mitglieder-GeTwitter einfach nicht schaffte zu antworten; ob er es trotz seiner Zusage schlichtweg für unnötig hielt, vielleicht weil es sich bei der Schriftenreihe aus seiner Sicht gewissermaßen um ein „Fossil" aus der Zeit vor der insbesondere durch Kurzstatements-in-Echtzeit-Gestammele geprägten Generation Always Online handelt; ob vielleicht das von den Piraten propagierte Prinzip „Liquid Democracy" bereits überholt ist – wir werden es vermutlich nicht erfahren.
Schade, denn so bleibt die These weder untermauert noch relativiert oder sogar widerlegt.

OLIVER G. HAMM, MICHAEL KOCH

Loss of Confidence in Political Parties and Policy

Comments on an Unwritten Contribution

Sinnbild für die Generation Always Online: Impression vom Bundesparteitag der Piratenpartei am 14. Mai 2011 in Heidenheim Symbol for the "always online" generation: impression of the Pirate Party's national conference on 14 May 2011 in Heidenheim

The second of six essays introducing the theme of "civil society" in this volume of the IBA series was planned for these pages. The theme was "How loss of confidence in political parties and policy undermines the democratic legitimacy of planning."
The obvious thing was to ask for a contribution from the Pirate Party; after all, its unconventional approach has brought it so much attention and approval that it managed to enter one of the state parliaments for the first time in autumn 2011. After a positive response from the urban development spokesman for the Pirate Party's parliamentary group in Berlin in May 2012, communication swiftly ground to a halt. Whether the MP simply didn't get around to responding in the daily welter of Twittering among the media and members; whether, despite agreeing initially, he just thought it superfluous, maybe because he regarded the series as something of a "fossil" from the era predating the "always online" generation, characterised mainly by brief statements stuttered in real time; or whether the Pirate Party's principle of "liquid democracy" has already been superseded – we will presumably never know.
It is a pity, because this means that the theme will remain unsubstantiated, unqualified, and even disproved.

oder in der Stadt. Außerdem beleuchtet sie tief verwurzelte Probleme mit der Regierungsführung, insbesondere auf lokaler und städtischer Ebene, die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion über einen realen Übergang zur Demokratie stehen sollten. Während der vergangenen 16 Monate seit Ausbruch der Revolution im Januar 2011 wurden die lokalen Regierungsstrukturen und das Gesamtsystem der Staatsführung in Ägypten jedoch nie kritisch hinterfragt. Die Öffentlichkeit wurde vorsätzlich mit Fragen über ideologische Identitäten abgelenkt, anstatt sich mit alltäglichen Themen zu beschäftigen, die das Leben der Menschen tatsächlich betreffen. Die ägyptische Zivilgesellschaft wurde durch das Mubarak-Regime gebrochen und geschwächt, und auch nach Mubaraks Sturz hat sich die Situation bisher noch nicht verbessert. Das ägyptische System der Staatsführung ist auf Diktatur und Unterdrückung ausgelegt.

Die Zivilgesellschaft in Ägypten ist nahezu bedeutungslos

Die westlichen Medien waren auf den Tahrir-Platz fixiert und von dem Gedanken fasziniert, dass sich eine arabische Bevölkerung gegen ihre Herrscher auflehnt und dafür die Stadt und öffentliche Plätze nutzt. Obwohl die Zahl der Demonstranten und die Vorfälle, die sich im Zuge der Januar-Revolution ereigneten, in ihrem Maßstab beispiellos waren, hatte der öffentliche Raum in Kairo schon seit vielen Generationen eine wichtige Rolle im politischen Leben in Ägypten gespielt. Aber was die Ägypter auf diesem geschichtsträchtigen Platz zusammenbrachte, war der Protest gegen alltägliche Probleme im häuslichen und nachbarschaftlichen Umfeld. Die Mechanismen einer Zivilgesellschaft, die es den Menschen normalerweise erlauben, ihre kommunalen

Unten: Impression der Insel Qursaya nahe des westlichen Nilufers in Kairo, Heimat von rund 5000 Bauern und Fischern. Rechts: Im September 2007 besetzten Soldaten die Insel Qursaya und versuchten, die Bewohner gewaltsam zu vertreiben. Rechts unten: Maher Yusuf fordert am 31. Oktober 2007 andere Bewohner von Qursaya auf, auf ihrem Land zu verharren und es zu verteidigen. Below: View of Qursaya Island, near the west bank of the Nile in Cairo, home to around 5,000 farmers and fishermen. Right: In September 2007 soldiers occupied Qursaya Island and tried to forcibly drive out the residents. Right below: Maher Yusuf urging other Qursaya residents to stay on their land and defend it on 31 October 2007

Cairo is a large and densely populated city and is home to about 20 million inhabitants. There are five large islands in the Nile within metropolitan Cairo. Two of those islands, Zamalek and Roda, are urbanised and populated. The other islands are homes to unique rural communities that have preserved their agricultural way of life despite the exponential growth of the city on the mainland.

Qursaya Island is located four kilometres south of Tahrir Square, near the west bank of the river across from Giza. A small number of families have been cultivating Qursaya since the mid-19th century, transforming it from a wild landscape outside of Cairo, into a vegetable, meat, and dairy-producing island with a community of 4,000 farmers and 1,000 fishermen. This is a self-sustaining community, which feeds itself and earns a living by selling goods to the city just across the river. In 2007 the Egyptian military went to the island with armed soldiers and attempted to evict the community by force. Planners imagined the island as a touristic development, but the rural community living there stood in the way of their plans.

No Voice in Local Government

When the military was deployed to intimidate the residents of Qursaya in 2007, it had become clear to the villagers that they had no means of protecting their homes, their land, and their livelihood. The Egyptian President (Hosny Mubarak) must have given the order for the military to be deployed. Moreover, that the military was deployed within national borders to deal with a land dispute at all is evidence for two main observations: first, that State institutions, including the Army, were no longer protecting Egypt and Egyptians but were protecting the regime and the business networks associated with it; second, it was clear that the residents of Qursaya, like the rest of Egyptians, had no voice in local government and that their fate was not in their own hands.

After years of aggressive campaigning by rights activists and artists and after an embarrassing incident when the Army attacked the island during a visit by the Swiss ambassador, the residents of Qursaya were able to win a court case and to maintain their homes and lands. Nevertheless, they should have never been subjected to such a threat by the State. The elected official responsible for the area claimed that no harm was to be done to the community and that, rather, the State was to be thanked for bringing essential services to the island, such as electricity, telephone lines, and drinking water. The island inhabitants claim that they did all the work themselves with little or no help from the State.

The case of Qursaya Island is not unique and it illustrates many of the problems facing Egyptians living in both urban and rural areas. It also highlights deep-rooted problems with governance, particularly in localities and municipalities, which should really be at the centre of public discourse about any real transition to democracy. Since the revolution erupted in January 2011, local governance structures and the entire system of governance in Egypt have not been challenged and the public has been intentionally distracted with issues about identity, rather than dealing with everyday issues that

London (als Beispiel für mehr Mitspracherecht von Gemeinden bei der Stadtteilplanung,); und Windsor & Maidenhead (als Beispiel für verschiedene geförderte ehrenamtliche Aktivitäten). Liverpool Merseyside zog sich jedoch aus dem Pilotprojekt „Big Society" zurück, als die Regierung es versäumte, einige Probleme und Schwachpunkte des Programms zu beseitigen, und dabei aber gleichzeitig die regionalen Zuschüsse für Liverpool (Area Based Grants) um 100 Millionen Pfund kürzte. Mittlerweile wird das Dezentralisierungsgesetz jedoch durch die Rahmenrichtlinie New National Planning Policy Framework (März 2012) ergänzt, die durch die Abschaffung regionaler Strategien, Infrastruktur-Planungskommissionen und regionaler Entwicklungsbehörden und ihre Ersetzung durch lokale Unternehmenspartnerschaften eine weniger komplexe und leichter zugängliche Planung ermöglichen soll. Stadträten, Gemeinden, Stadtteilen und Einzelpersonen wird damit mehr Planungsgewalt übertragen. Die Baubehörde beendet somit die sogenannte Ära der Planung von oben nach unten, indem sie die Befugnisse so weit wie möglich dezentralisiert und die Planung in die Verantwortlichkeit der Gemeinden legt, um den Erwartungen und Bedürfnissen der Menschen im Hinblick auf Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung besser gerecht werden zu können.

Niederlande: Halbherzige Dezentralisierung

Die Holländer haben in dieser Hinsicht einen weniger tiefgreifenden Ansatz gewählt. Dezentralisierung und Deregulierung sind seit dem Scheitern des Fünften Memorandums der Strategie der Nationalen Raumplanung (2001) die zentralen Themen holländischer Raumplanung. Seitdem wandten sich die aufeinanderfolgenden konservativ-christdemokratischen, liberal-christdemokratischen, christlich-sozialdemokratischen und liberal-konservativen Regierungen Schritt für Schritt von einer zentral kontrollierten Planungspolitik ab und dezentralisierten die nationale Raumplanungsstrategie umfassend. Die kürzlich erfolgte Aufteilung der Kompetenzen des ehemaligen Ministeriums für Wohnungsbau, Planung und Umwelt (VROM) auf die Ministerien für Innere Angelegenheiten, Wirtschaftliche Angelegenheiten und Infrastruktur und Umwelt sowie die neue Strukturvision für Infrastruktur und Raum (Structuurvisie Infrastructuur en Ruimte, SVIR, März 2012) stellen nur den letzten Schritt in diesem Prozess dar. Der Bedarf an einer größeren Zahl von Bottom-up-Initiativen und an mehr Selbstorganisation führte dazu, dass zwei Drittel der bestehenden Vorschriften zur Raumplanung in den Niederlanden abgeschafft wurden und diesbezügliche Entscheidungen nun vollständig der Kompetenz regionaler, provinzialer oder (inter-)kommunaler öffentlicher Behörden unterliegen. In diesem Sinne könnten die jüngsten Veränderungen eher als interne Neustrukturierung der räumlichen Zuständigkeiten innerhalb der verschiedenen Regierungsebenen denn als eine tiefgreifende Verschiebung des inhaltlichen Schwerpunkts verstanden werden. Diese Veränderungen der Zuständigkeiten werden jedoch nicht von einer weitreichenden Dezentralisierung der (finanziellen) Ressourcen oder gesetzlichen Optionen für eine dezentralisierte Besteuerung begleitet. Daher bedeuten die niederländischen Pläne lediglich den Rückzug nationaler Zuständigkeiten und es ist gleichzeitig äußerst fraglich, ob die Provinzen und (inter-)lokalen Behörden diese frei werdenden Entscheidungsräume besetzen können oder wollen. Dessen ungeachtet eröffnen sich in der Gesellschaft selbst neue, weitreichende Optionen für individuell oder kollektiv vergebene Bauaufträge im Wohnungsbau, zum Beispiel in Almere. In Amersfort Soesterkwartier entstehen neue Genossenschaften für die Energieproduktion, die mittels eigener Solarkollektoren und Windräder vor Ort grüne Energie produzieren. Auch in Rotterdam entwickeln sich mehrere selbstorganisierte Gemeinschaften, die sich der urbanen Landwirtschaft, der Kultur, der öffentlichen Stadtpflege und dem Wohnungsbau widmen. Die vorhandenen Planungsstrukturen können mit diesen aktuellen institutionellen und politischen Veränderungen jedoch kaum Schritt halten (Boonstra/Boelens 2011).

Der Bedarf an einer größeren Zahl von Bottom-up-Initiativen und an mehr Selbstorganisation führte dazu, dass zwei Drittel der bestehenden Vorschriften zur Raumplanung in den Niederlanden abgeschafft wurden.

Referring to the need for more bottom-up initiatives and self-organisation, two-thirds of the existing Dutch spatial planning regulations have been skipped.

ture Planning Commissions, and Regional Development Agencies, and introducing Local Enterprise Partnerships in its place – giving new planning power to councils, communities, neighbourhoods, and individuals. The Planning Department is therefore ending the so-called era of top-down planning, by decentralising power as far as possible, putting communities in charge of planning to meet peoples' housing, working, and leisure aspirations better.

The Netherlands: Half-hearted Decentralisation

The Dutch are less profound in this regard, nevertheless taking up the same kind of agenda. Decentralisation and deregulation have been the major items of Dutch spatial planning since the failure of the Fifth Memorandum on the National Spatial Agenda (2001). Since then, the successive popular/christian-democratic, liberal/christian-democratic, christian/socio-democratic, and liberal/popular administrations left the centrally controlled planning policies step by step and decentralised the national spatial strategy extensively. The recent chopping up of the former ministry of Housing, Planning, and Environment (VROM) over the ministry of Interior Affairs, Economic Affairs, and Infrastructure & Environment, as well as the recent Structural Vision of Infrastructure and Space (SVIR, March 2012) actually reflects the final step in this process. Referring to the need for more bottom-up initiatives and self-organisation, two-thirds of the existing Dutch spatial planning regulations have been skipped, to leave them entirely to the arbitrariness of provincial, regional or (inter)municipal public authorities. As such, the recent shift could be regarded as an internal reorganisation of the spatial responsibilities within the various governmental layers; more than the pronounced major shift of focus. Even then, however, this shift is not accompanied by an equally far-reaching decentralisation of (financial) resources, or with legal options for decentralised taxing. Therefore, the Dutch proposals appear to be a simple retreat of the national responsibilities, and it is highly questionable whether the provinces and (inter)local authorities will occupy the space left. Nevertheless, new and far-reaching options are being delivered to come up with self- or collective commission of housing in, for instance, Almere. New co-ops are evolving in Amersfoort Soesterkwartier to produce green energy in the neighbourhood with collectively owned solar panels and windmills. And/or several self-organised communities are emerging in Rotterdam with regard to urban farming, culture, public maintenance, and improvement properties. However, the present institutional and governance structures of planning hardly cope with these developments (Boonstra/Boelens 2011).

Flanders: Controlled Co-evolution

Thirdly, and although the government of Flanders also strives for a major reshuffling of spatial responsibilities over the various levels of governments, the planning process is here very different in this respect. At the moment, it prepares an update of the Flemish Structure Plan of 1998, which is meant to become an integrative part of the ambitious government programme of "Flanders in Action" (Vlaanderen in Actie, VIA 2011). Moreover, its major focus is co-production, trying to involve as many actors at the earliest possible stage: actors in the political field, society, interest groups, other governments, experts, professionals, intermediary organisations, businesses, and international partners. How progressive and open this might look, this process also remains largely within the path dependencies, and thematic, procedural, and (last but not least) geographical lock-ins of governments. It is the Flemish government who sets the agenda, decides who to involve and when—at least restricting it to the Flemish goals and soil.
So where the UK is under the suspicion that the Big Society is ultimately only concealment for public spending cuts, and the Netherlands could be conceived as just a major withdrawal of the national government from planning as

Beteiligung an Innovationen – Innovationen der Beteiligung?

Insgesamt zeigt sich ein breites Spektrum von Beteiligungsformen, die im Rahmen der IBA Hamburg in den vergangenen Jahren erprobt und durchgeführt wurden. Die angebotene Menge und Vielfalt stimmt positiv. Doch löst die IBA ihren innovativen Anspruch auch in Fragen ihrer Beteiligungskultur ein? Für eine qualitative Betrachtung lohnt sich ein genauerer Blick auf Einzelaspekte.

Umfassend informiert und diskutiert?

Am Anfang steht die Information: Die IBA Hamburg hat auf unterschiedliche Weise die Menschen zu erreichen versucht, hat sie informiert und animiert, sich individuell in den Veränderungsprozess einzubringen. In der Rückschau zeigt sich eine Schwerpunktsetzung auf Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Diese bilden die Basis einer Beteiligungskultur, wenn vor Ort über die Ziele und Inhalte an den konkreten Projekten gestritten wird. Bürger- und Projektdialoge sind zu den zentralen Formaten zu zählen, die so lange großes Interesse in der Bevölkerung fanden, wie die Themen die Bürger tatsächlich berührten – sie wirkten wie ein Echo aus dem Stadtteil auch zurück auf die IBA und forderten sie dazu heraus, bei Folgeveranstaltungen passend auf dieses Echo zu reagieren. Informationen wurden weitgehend niedrigschwellig und auf allen Kanälen verbreitet; in dem Bewusstsein, dass im IBA-Gebiet noch heute viele Menschen nicht über E-Mail oder Internet zu erreichen sind, spielten auch Plakatierungen im öffentlichen Raum und Postwurfsendungen eine wichtige Rolle.

Alle erreicht, die man erreichen wollte?

Spannend wird es bei der Frage, ob die IBA Hamburg alle erreicht hat. Immerhin verfolgt sie das Ziel, dass „ein Projekt einen möglichst großen Kreis von Personen zum Mitmachen animieren soll". Erst wenn das gelingt, ist das IBA-Exzellenzkriterium „Prozessfähigkeit" erfüllt. Die „üblichen Verdächtigen", die sich von Beginn an für ihren Stadtteil einsetzten, mussten ob ihres Engagements eher gebremst als zusätzlich motiviert werden. Mit ihnen hatte die IBA verlässliche und kritische Partner an ihrer Seite. In Anbetracht der vielen unterschiedlichen Ethnien und Nationalitäten vor Ort geht es aber nicht nur um quantitative Beteiligungserfolge, sondern um die Beteiligung eines Querschnitts der „internationalen Stadtgesellschaft", immerhin ein Leitthema der IBA („Kosmopolis"). Es ist unverkennbar: hier liegt die größte Herausforderung für Beteiligung, nicht nur bei der IBA.
Mit mehrsprachigen Einladungsflyern und Übersetzungsangeboten bei Veranstaltungen sollte die notwendige Niedrigschwelligkeit erreicht werden. Die Zahlen der Teilnehmenden, die diesen Einladungen und Angeboten gefolgt sind, sprechen eine ernüchternde Sprache.
Die IBA Hamburg hat Migranten nicht einmal andeutungsweise erreicht. Offenkundig haben sich nur wenige der im Projektgebiet vertretenen über 100 Nationalitäten von den Veranstaltungen angesprochen gefühlt. Da ist das Format der „Heimatforscher" und die Interkulturelle Planungswerkstatt im Weltquartier mit der aufsuchenden Beteiligung von Haustür zu Haustür schon als Erfolg zu werten, selbst wenn sich auch davon nur wenige zur Mitwirkung animieren ließen. Ihre Mitwirkung indessen kann im Falle des Nachbarschaftspavillons im „Weltquartier" als voller Erfolg gewertet werden, schließlich ist er nur durch das Engagement der Anlieger und der im Quartier vertretenen Initiativen möglich geworden, weil diese sich zum Betrieb des Pavillons verpflichtet haben. Auch bei der Stadtteilwerkstatt Georgswerder ist es trotz Vorgesprächen mit Vertretern der Sinti nicht gelungen, diese für eine Beteiligung an der Werkstattarbeit zu gewinnen, obwohl auch sie großes Interesse an der Zukunft ihres Stadtteils geäußert hatten. Eine ernüchternde Bilanz für alle Beteiligten.
Es sei zugestanden, dass manche Projekte der IBA Hamburg und allgemeine Entwicklungsfragen der Elbinseln für weniger politisch denken-

Nachbarschaftspavillon im „Weltquartier": Die Zusage der Anlieger und der im Quartier vertretenen Initiativen, den Pavillon am Weimarer Platz selbst zu betreiben, war die Voraussetzung für dessen Bau (Entwurf: Kunst + Herbert mit Andresen Landschaftsarchitekten). Community pavilion in the "Global Neighbourhood": the precondition for this building was that residents and local initiatives had to agree to run the pavilion on Weimarer Platz themselves (Design: Kunst + Herbert, in conjunction with Andresen landscape architects).

„Heimatforscher" im „Weltquartier": Um vor Beginn der Umbauplanungen die Wünsche der Anwohner aus über 100 Nationen in Erfahrung zu bringen, suchten sechs mehrsprachige Interviewer im Jahr 2007 den direkten Kontakt an der Haustür. "Local researchers" in the "Global Neighbourhood": in 2007, in order to find out the wishes of residents from over 100 countries before the renovation plans began, six multilingual interviewers made direct contact by knocking on doors.

Participating in Innovation – Innovations in Participation?

Overall, a broad spectrum of participation formats were tried out and implemented within the context of the IBA Hamburg, which was encouraging in both number and diversity. But is the IBA living up to its innovative claim about participation culture as well? It is worth taking a closer look at individual aspects if we are to make a qualitative assessment.

Fully informed and discussed?

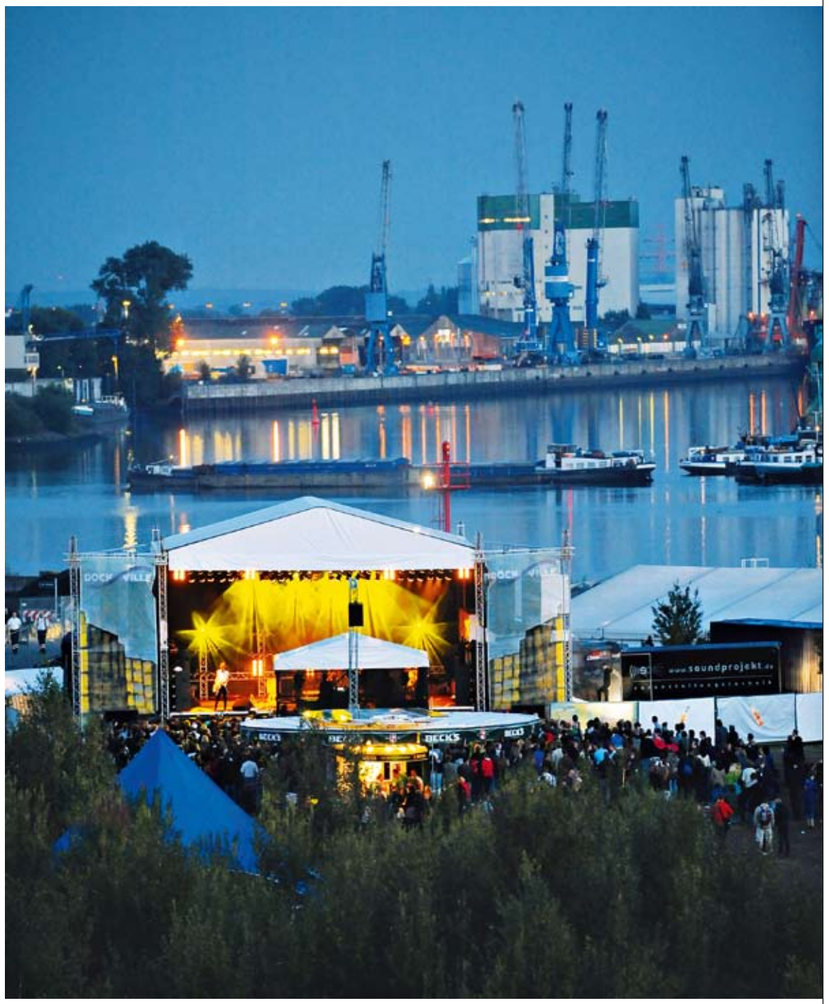
It all starts with information: the IBA Hamburg has tried in various ways to reach people, inform them, and encourage them to become personally involved in the process. With hindsight, the focus was on information and discussion events. These form the basis of a participation culture if there are disputes at local level about the aims and content of specific projects. "Dialogue with Citizens" and "Projects dialogues" were some of the main formats, which met with considerable public interest as long as the themes actually affected citizens – they were like an echo from the district back to the IBA, demanding that it responded appropriately to this feedback for follow-up events. Information was disseminated mostly at a low threshold and via all channels; because the IBA was conscious of the fact that many people in the IBA area still cannot be reached by email or the Internet, publically displayed posters and direct mailings also played a key role.

Did they reach everyone they wanted to reach?

Did the IBA Hamburg manage to reach everyone? It's a fascinating question. After all, its stated goal was that "a project should inspire the widest possible circle of people to participate." The IBA's "process performance" criterion of excellence can only be met if this is achieved. The "usual suspects," who had campaigned for their neighbourhood from the outset, had to be reined in on account of their active involvement, rather than being motivated even more. They proved reliable and critical partners working alongside the IBA. Given the many different ethnic groups and nationalities in the area, it is not just about quantitatively successful participation, but about involving a cross-section of the "international urban community," which is after all one of the IBA's key themes ("Cosmopolis"). This is, without question, the greatest challenge for participation, not just in terms of the IBA.
Multilingual invitation leaflets and offers to interpret at events were meant to meet the low threshold required. The number of participants who took up these invitations and offers tells a sobering tale. The IBA Hamburg came nowhere close to reaching immigrants. It was quite obvious that only a few of the different nationalities (more than a hundred in the project area) felt addressed by the events. The format of "home researchers" and the Intercultural Planning Workshop in the "Global Neighbourhood" can certainly be deemed a success, with their proactive door-to-door campaign, even though these initiatives inspired only a few people to take

Quartiersentwicklung „von unten“ und neue Exklusionserfahrung

Oft treffen Raumpioniere bei ihren Bemühungen, eine Quartiersentwicklung „von unten“ zu betreiben, auf andere Akteure mit anderen Interessen bzw. Strategien. Dies können Akteure der Stadtpolitik und Stadtverwaltung mit ihren Top-down-Politiken sein oder weitere Raumpioniergruppen, die andere Ziele verfolgen und/oder Mittel einsetzen als sie selbst.
Für Wilhelmsburg setzt die offizielle Stadtentwicklungspolitik seit Anfang des 21. Jahrhunderts dem in der Öffentlichkeit verbreiteten Negativimage mit dem „Sprung über die Elbe“ eine neue Vision entgegen und kommuniziert diese öffentlich. Diese Politik zielt im Kontext des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ auf der Basis der verfügbaren Entwicklungsflächen und -potenziale auf die vielfältigen Qualitäten Wilhelmsburgs als Wohn- und Arbeitsort ab.[2] Seit 2006 konzentrieren sich stadtentwicklungspolitische Ansätze auf die Internationale Bauausstellung (IBA) und die Internationale Gartenschau (igs).
Hervorgehoben sei hier die IBA, die einerseits im Auftrag der Stadt Hamburg handelt, sich aber andererseits auch den Bewohnern und zivilgesellschaftlichen Akteuren Wilhelmsburgs verpflichtet sieht und sich als ein eigenständiger Akteur versteht. Es ist bereits erwähnt worden, dass auch ein kollektiver Akteur wie die IBA insofern als Raumpionier aufgefasst werden kann, als sie innovative Projekte für den Raum entwickelt und umsetzt. Allerdings unterscheidet sich der hochgradig professionell arbeitende, unternehmerische und mit finanziellen Ressourcen ausgestattete „Raumpionier IBA“ aufgrund seines politischen Auftrages, seiner dadurch definierten Ziele und seines daraus abgeleiteten strategischen Handelns deutlich von anderen – zivilgesellschaftlichen, kreativen oder unternehmerischen – Pionieren. Nachdem letztere Akteure in der Gründungszeit der IBA anfänglich „mit dem großen Bruder“ IBA kooperierten, kam es ab 2008 zu einer Distanzierung und ab 2010 zu einer oppositionellen Haltung.



Bei allem Bemühen der IBA, an die Lokalkultur und das lokale Wissen der Akteure anzuknüpfen, wurde doch eine deutlich überregionale und internationale Ausrichtung des Handelns erkennbar. Diese Ausrichtung ergab sich zwangsläufig aus dem Auftrag und dem Selbst-

Seit 2007 lockt das Kunst- und Musikfestival Dockville Tausende auf die Elbinseln: Haupt-Musikbühne vor der Hafenkulisse des Reiherstiegs (Foto von 2008).
Since 2007 the art and music festival “Dockville” has attracted thousands to the Elbe Islands: the main music stage against the harbour backdrop of Reiherstieg (photo taken in 2008).

in quite a different light. They are fascinated by the chaotic and run-down aspects they find in the neighbourhoods. They see the potential of places. Unfinished things stimulate their imagination, inspire new ideas, and challenge them to create.
The implementation of their ideas and the creative impulse they seek seem highly focused on the individual. It is not the actors’ intention, however, to pursue personal interests and act alone. Rather, their aim is to “appeal to,” “interest,” “motivate,” and “energise” the residents. They would like to include other people, so that they can follow a creative path together. The actors appreciate working in the so-called “disadvantaged” areas. As one spatial pioneer puts it, the residents should be empowered to “learn to find their own feet.” One of the actors’ goals is to empower citizens to participate.

“Standing Legs” and “Free Legs”

Based on personal lifestyles, many actors set out on a journey leading to targeted involvement in spatial development “from below.” This goal may have evolved gradually in the course of local activities, but it could also have guided their actions from the outset. What is striking is that spatial pioneers build networks in a very strategic way in order to improve the implementation of their ideas. They have access to contacts that can be significant for them in this respect. Some are close contacts who are cultivated regularly – these represent the actors’ “standing legs.” Of almost equal importance are the more casual contacts that are included if required and in specific situations – these are the actors’ “free legs.”
Spatial pioneers interact in group meetings with some people from their social network on a regular basis, as many actors have set up initiative groups or associations. There is in-depth communication between members here, an exchange not only about what their districts are and should be like, but also about how they might manage to achieve the change they envisage. Often topics relating to neighbourhood development are negotiated for months on end in these groups. Sometimes projects take several years to be realised. Even if many of the ideas or visions are not (or cannot be) implemented at all, the actors make sure they introduce and test their basic principles, ideas and visions about space in their discussions.
In this context, they come to an understanding – often subconsciously – not least about who they are and how they are differentiated from others. They work to create a common spatially oriented identity, an identity as a constructive, neighbourly minded resident of the district.

Neighbourhood Development “From Below” and New Experience of Exclusion

In their efforts to pursue neighbourhood development “from below,” spatial pioneers often come across other actors with different interests or strategies. They can include actors from the arena of municipal politics and administration with their top-down policies, or other spatial pioneer groups who pursue different goals and/or use other means than they do themselves.
Since the beginning of the 21st century, official urban development policy in Wilhelmsburg has sought to counter the district’s widespread negative public image by communicating a new vision, the “Leap Across the Elbe.” Set in the context of the “Metropolis Hamburg – Growing City” concept, this policy focuses on Wilhelmsburg’s diverse qualities as a place to live and work, on the basis of the available development areas and potential.[2] Since 2006, urban development approaches have concentrated on the International Building Exhibition (IBA) and the International Garden Show (igs).
Special mention should be made at this point of the IBA, which on the one hand acts on behalf of the city of Hamburg, while on the other hand sees itself as committed to Wilhelmsburg’s residents and civil society actors, in addition to being an independent actor. As already mentioned, a collective actor like the IBA can also be construed as a spatial pioneer to the extent that it develops and implements

(wenngleich das konkrete Programm doch sehr zu wünschen übrig ließ), doch die linksextreme Szene schlug Alarm: „Für den Kiez bedeutet das geplante Lab eine weitere Aufwertung und eine Beschleunigung der ohnehin schon rasanten Mietsteigerungs- und Verdrängungsspirale. BMW hofft auf einen fetten Image-Zugewinn, und der Grundstückseigentümer natürlich auf eine schöne Wertsteigerung seines Grundstückes, auf dem in nicht so ferner Zukunft Luxuswohnungen entstehen sollen." Als ob ein auf wenige Wochen beschränktes Laboratorium tatsächlich den Wert eines Grundstückes, auf dem ein Investor hochpreisige Wohnungen errichten will, mit dessen Planung und Vermarktung er schon seit Jahren nicht vorankommt, noch steigern könnte! Und als ob eine solche (noch einmal: temporäre) Aktion sich darüber hinaus – zudem nachhaltig – auf den gesamten Kiez negativ auswirken würde!
Nichtsdestotrotz gelang es den Gegnern des Lab, mit einer aggressiven Verhinderungskampagne im Internet die Aufmerksamkeit von Polizei, Innensenator und Medien auf sich zu ziehen. Schließlich erreichten sie, dass die Guggenheim-Stiftung den geplanten Kreuzberger Standort aufgab und das Lab an einem anderen Ort – am Pfefferberg, in Prenzlauer

Links: Seit Jahren brachliegendes Grundstück an der Schlesischen Straße, Ecke Cuvrystraße am Kreuzberger Spreeufer mit Brandwand-Graffiti von blu. Hier sollte für einige Wochen im Sommer 2012 ursprünglich das BMW Guggenheim Lab errichtet werden, das nach massiver Gewaltandrohung ... Unten: ... schließlich auf dem Pfefferberg in Prenzlauer Berg ein Ersatzquartier fand (Architekten des BMW Guggenheim Lab: Atelier Bow-Wow). Left: Derelict for years, the plot of land on Schlesische Straße, on the corner of Cuvrystraße, on the Kreuzberg banks of the Spree, with firewall graffiti by "blu". The BMW Guggenheim Lab was originally supposed to be set up there for a few weeks in the summer of 2012, but after widespread threats of violence ... Below: ... it was eventually decided to set it up in Pfefferberg, in Prenzlauer Berg (BMW Guggenheim Lab architects: Atelier Bow-Wow).

"Poor, but sexy." Probably no one could characterise the German capital better than its current mayor, Klaus Wowereit. Indeed, Berlin's appeal – and not just since reunification, incidentally – lies in its historical atmosphere, its tolerant attitude in everyday human interactions (almost unique among Germany's cities); the many abandoned areas and open spaces even in the heart of the city that still exist in the third decade post-reunification; and – last but not least – the comparatively reasonable cost of living. Whether it's young people, artists, so-called creative workers, or even just *Lebenskünstler* (hedonists), Berlin acts like a magnet, drawing them to its very centre when it can – to Mitte, Prenzlauer Berg, and Friedrichshain – and in the past few years, ever since newcomers, politicians, and tourists have spread into the central districts of the former East German side of the city, to Kreuzberg again.
But they are not the only ones: affluent new and part-time Berliners, businesspeople and many a property fund manager have long since discovered the universally praised, terribly trendy Berlin for themselves. For in the central districts in particular, the city offers them not just personal "possibility spaces" that they would presumably find only on the outskirts of other German cities, but also quite tangible opportunities for profit and appreciation value – much to the suspicion and disapproval of many long-term residents.

A Temporary Building Targeted by Self-appointed "Home Protectors"

Take Kreuzberg, for instance. This "multicultural showcase neighbourhood" (Robert Kaltenbrunner) – which at the time of Berlin's partition, and even during the International Building Exhibition in 1984–87, was mainly home to immigrants, dropouts, squatters, and the unemployed – has seen the highest price increase rates of any Berlin district, and is now considered to be the fourth most expensive area of the capital. Although this trend mainly affects newcomers to the area, it naturally raises fears among long-term residents as well. But is there a real danger of Kreuzberg becoming "completely gentrified," a spectre that's conjured up by many pessimists? Probably not, as large parts of Kreuzberg are still characterised – even in the third decade after reunification – by the same blend of heterogeneous social backgrounds and a similar degree of tolerance as there was before the Wall came down.
Anyone who followed the debate about the "BMW Guggenheim Lab" in spring 2012, however, could not help feeling that a plot of land on the banks of the River Spree – unused for many years – would decide the fate of the whole of Kreuzberg, which had grown into a multicultural neighbourhood over decades. So what was it all about? The New York-based Guggenheim Foundation wanted to put up a temporary structure for a few weeks on Schlesische Straße, at the corner of Cuvrystraße, where they planned to hold workshops and discussion groups about the future of the metropolis in the 21st century. It was actually a good idea (even though the specific programme left a lot to be desired), but the extreme Left rang alarm bells: "The proposed Lab means more gentrification and an even greater acceleration in rent increases and spiralling densification. BMW is

Versäumnisse in der Begleitung des Projekts – und ein Neuanfang

In dem eingangs erwähnten Phänomen der negativen Aneignung wird deutlich, dass öffentlicher Raum ein Zustand ist, der mehr in seiner Nutzung als in seiner baulichen Manifestation zum Ausdruck kommt. Dass der Übergang von der Ausnahmesituation „ExWoSt" zum Alltag schwierig werden würde, war klar. Vermutlich hätte das Projekt nach der Eröffnung noch eine Zeit lang professionell begleitet werden müssen, die auftretenden Nutzungskonflikte mit den Jugendlichen aus dem Stadtteil hätten moderiert und dauerhafte Partner für Veranstaltungen auf der Bühne gewonnen werden müssen. Der Bürgerverein ist zwar in der Lage, den Außenposten der Bibliothek zu betreiben, aber für eine permanente kulturelle Bespielung fehlen ihm schlicht die finanziellen und personellen Ressourcen. Dennoch, mit einem so heftigen Anschlag auf die beabsichtigte Nutzung und Intention des Projekts konnte nicht gerechnet werden. Um die Situation zu befrieden, hat der Bürgerverein einen privaten Sicherheitsdienst eingeschaltet. Er ließ die Fläche an den Wochenenden absperren, da die Problematik von den zuständigen Behörden ignoriert, ja noch nicht einmal zur Anzeige gebracht wurde. Deshalb konnte auch die Polizei nicht tätig werden. Der Quartiersmanager fühlte sich ebenfalls nicht zuständig, da es sich um öffentlichen Raum handele – und der sei nun mal öffentlich.
Ein Bürgerverein, der zur Bürgerwehr wird? Das war und ist mit unserem Verständnis von öffentlichem Raum ebenso wenig zu vereinbaren wie Teilöffentlichkeiten, die ein sozialräumliches Regime ausüben, den kleinen Leseplatz temporär okkupieren und für die Anwohner in einen Angstraum verwandeln. Jugendliche, die Dinge zerstören, die andere in mühevoller und ehrenamtlicher Arbeit aufgebaut haben – das lässt sich auch mit einer schwierigen Kindheit nicht legitimieren, das muss geahndet und von der öffentlichen Hand unterbunden werden. Mit der Forderung, wieder Ordnung in dem Stadtteil herzustellen, haben wir uns zunächst an die verantwortlichen Ämter und schließlich in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg gewandt. Diese Konfrontation war notwendig und gut, denn der Brief und die Entwicklung des Projekts wurden in der Fachwelt kontrovers diskutiert und von Kollegen kommentiert, die nicht immer unserer Meinung waren. Friedrich von Borries warnte vor einer „Selbst-Musealisierung", Bart Lootsma kritisierte das Projekt als zu nett und korrekt, „als ob wir am Anfang der Aufklärung stehen", und mahnte an, die Jugendlichen in ihrer destruktiven Frustration ernst zu nehmen. Viele Kollegen schlugen vor, mit Stiftungen in Kontakt zu treten, um einen neutralen Mittler und Mittel für eine Moderation der schwierigen Lage zu erhalten. Und Theo Deutinger meinte: „Das Projekt hat durch diese Diskussion sehr viel an Wert gewonnen und ist durch die Kollision von Träumen und Lebensweisen ein noch wertvollerer Versuch geworden. Das Ganze wirft sehr viele Fragen auf; wie zum Beispiel: Ist es nicht viel besser, einen dieser Vandalen zum Lesen zu bringen, als dass sich eine Leseratte das hundertste Buch

„Genese 2", Übergabe des Bauwerks: Eröffnungsfeier im Mai 2009 "Genesis 2," the building is handed over: opening ceremony in May 2009

the core aim of reactivating the urban space through forging and organising social relationships began to take more tangible shape.

The Participatory Planning Process and Lack of Political Support

The issue of materials was also openly debated. For instance, the participation process – during which several activists voiced a preference for using recycled material – was the starting point for all the deliberations about the façade. Contacts made by the architects eventually led to the idea of reusing the façade of a Horten department store in Hamm that was scheduled for demolition. This rather unusual idea for the project's façade was highly controversial. While the suggestion was enthusiastically received by citizens, the ranks of sceptics in the local authority began to swell. This followed in the wake of a Building Committee decision vetoing the technical facilities for young people and generally calling for a design that was more "vandalism-proof." The result was an increasingly narrow and insecure attitude on the part of the authorities, which suddenly rejected all experimental approaches. Finally, the citizens took the matter into their own hands and bought the façade themselves, before the low-cost purchase option expired. Today the value of the façade is universally recognised as a unique selling point and a new "village icon," but for the architects from that point in time the project became mainly about advocacy planning.
Such was the level of interactive participation between actors and architects that the boundaries of authorship actually became blurred, making it possible to talk of a "social sculpture." After some initial graffitiing of the concrete base, for example, a city-wide competition to create tags was launched, which were then produced by the teenagers themselves. The only stipulation was the use of white, black and chrome. This activity may be the reason why young people, who initially showed little interest in the project's development, are now the largest user group. The process has not been free from conflict, though, as the "chilling out" favoured by young people does not quite fit with the idea of quiet reading. Since the opening in May 2009, the situation has been relatively stable, despite an early incident of vandalism in late 2009. It also became clear that the project is not just a catalyst for urban development, but also a monitor of existing socio-spatial conflicts.

Inadequate Support for the Project – and a Fresh Start

Given the "hostile takeover" we described above, it is obvious that public space finds expression more through its utilisation than in any structural manifestation. Clearly, the transition from special "ExWoSt" status to everyday life was going to present difficulties. And, presumably, there should have been long-term professional support for the project after its launch, the disputes that occurred with local youths over usage should have been moderated, and long-term partners for staged events should have been sought. The civic association is certainly in a position to run the library outpost, but it simply does not have the financial resources and manpower to operate it as a permanent cultural programme. Yet such a serious assault on the intended use and aim of the project could not have been anticipated. To defuse the situation, the civic association brought in a private security firm. It closed off the area at weekends, as the problem was ignored by the relevant authorities and the incidents were not even once reported to the police, who for this reason could not become involved. The neighbourhood manager did not feel responsible either, as it was about public space – which was "public," after all.
A civic association that turns into a vigilante group? This idea is as alien to our concept of public space as minority groups imposing their own socio-spatial regime, occupying the small reading area temporarily, and turning it into a space that causes anxiety for residents. Actions like this, where youths destroy the things that others have worked painstakingly to build, and on a voluntary basis, cannot be justified by a difficult childhood, but must be punished and

RUDOLF D. KLÖCKNER, RENÉ RECKSCHWARDT

Ein Streifzug durch Blogs und Foren

Digitale Dimension heutiger urbaner Teilhabe

In einer zunehmend vernetzten Gesellschaft dienen neue digitale Formate verstärkt der zivilgesellschaftlichen Meinungsäußerung: Bürger, Blogger und Urbanisten beteiligen sich aktiv an städtischen Entwicklungen, indem sie politische Entscheidungen in Online-Magazinen, Foren und Blogs kommentieren und diskutieren. Das sogenannte „Web 2.0" ist in den vergangenen Jahren dadurch zu einem öffentlichen Kommunikationsraum avanciert.
Mit dem zunehmenden Wunsch nach Mitsprache bei stadtplanerischen Entscheidungen ist das World Wide Web zu einer schwer überschaubaren Ansammlung neuer Ausprägungen von bürgerlicher Meinungsäußerung, Diskussion und Beteiligung geworden. Dies verdeutlichen nicht nur Initiativen wie das Netzwerk „Recht auf Stadt" oder die lautstarken Pro- und Kontrastimmen zu städtebaulichen Großvorhaben wie Stuttgart 21. Im Rahmen sich verändernder Formen von Öffentlichkeit und Kommunikation werden Nutzer zu Produzenten – und behaupten zugleich ihren Ursprung in der urbanen Realität. Mit ihren umfangreichen Informations- und Beteiligungsangeboten leistet die digitale Welt einen wichtigen Beitrag zur bürgerlichen Teilhabe an und direkten Demokratie in der Stadtplanung. Einerseits ermöglicht sie Anonymität und Vereinzelung, zugleich erleichtert sie aber auch das Kollektivdenken. Fachleute und Bürger diskutieren, planen und protestieren hier gemeinsam.
Das Web 2.0 dient somit nicht nur dem Ausdruck bürgerlichen Protests, sondern bietet unterschiedliche Varianten formeller wie informeller Beteiligungsansätze. Bürger-Thinktanks sowie das als „Crowdsourcing" bezeichnete Prinzip, die Community aktiv in einen Entscheidungsprozess zu integrieren, sind hierfür nur zwei Beispiele unter vielen. Nicht zuletzt leisten Blogs und Online-Magazine einen wachsenden Beitrag zur Vermittlung urbaner Themen und zur Sensibilisierung für städtebauliche Entwicklungen. Doch wie formiert sich diese an Stadtentwicklung und Architektur interessierte Zivilgesellschaft im Netz? Wie artikuliert sie ihre Interessen? Wie gelangt sie an Informationen und auf welche Weise vernetzt sie sich?
Die nachfolgende Aufstellung ist ein Streifzug durch diese digitale Dimension heutiger Urbanität – ein kaleidoskophafter Einblick in die schwer überschaubare Vielfalt digitaler zivilgesellschaftlicher Teilhabe im Kontext von Stadtentwicklung und Architektur. Die Sammlung versteht sich als Beispielkatalog und offenes Kompendium, sie vermittelt einen aktuellen Überblick über die unterschiedlichen Möglichkeiten und Formate – und verdeutlicht damit die Vielfalt der bürgerlichen Teilhabe im Internet. Offen bleibt dabei die Frage, wie repräsentativ eine solche digitale Teilhabe derzeit zu sein vermag.

RUDOLF D. KLÖCKNER, RENÉ RECKSCHWARDT

A Browse through Blogs and Forums

The Digital Dimension of Urban Participation Today

Hinter dem abgedruckten QR-Code verbergen sich weitere Informationen zum Beitrag der nachfolgenden Seiten. Scannen Sie den Code mit Ihrem Smartphone, um zu weiteren Beispielen im Internet zu gelangen, die den abgedruckten Katalog ergänzen. Further information about the contribution on the following pages is contained within the printed QR Code. Scan the code with your smartphone to access more Internet examples that supplement the printed list.

New digital formats are boosting civil society's freedom of expression in a world that is increasingly networked: citizens, bloggers, and urbanists are playing an active role in urban developments by discussing and commenting on political decisions in online magazines, forums, and blogs. As a result, what is now known as "Web 2.0" has become a public communication space in recent years.
The growing desire to have a say in urban planning decisions has seen the World Wide Web evolve into a bewildering array of new forms of free expression, discussions, and participation on the part of citizens. This is shown not only by initiatives like the German "Recht auf Stadt" (Right to the City) network or vocal protests for and against large-scale urban development plans like Stuttgart 21. As the public sphere and communication are transformed, users become producers – and at the same time claim their roots in urban reality. The digital world – with its considerable scope for information and participation – makes an important contribution to civic involvement and direct democracy in urban planning. On the one hand, it allows anonymity and isolation, while at the same time it also makes it easier to think collectively. It is a place where experts and citizens can discuss, plan, and protest together.
In the process, Web 2.0 not only serves to express civic protest, but also offers all sorts of participatory approaches, both formal and informal. Citizen think tanks and the principle of "crowdsourcing," whereby the community is actively involved in a decision-making process, are just two examples among many. And last but not least, blogs and online magazines are contributing more and more to the communication of urban themes and to raising awareness about urban development plans. But how does this civil society with an interest in urban development and architecture organise itself online? How does it articulate its interests? How does it access information, and how does it network?
The following article represents a browse through this digital dimension of urban life today – a kaleidoscopic look at the intricate diversity of digital civic participation in the context of urban development and architecture. The collection can be seen as a list of examples, an open compendium, giving a current overview of the different options and formats – and thus demonstrating the diverse nature of civic participation on the Internet. It remains to be seen, however, just how representative this type of digital participation may actually be at the moment.

chendes Beteiligungsinteresse in der Bevölkerung. Gerade hier war der Kreis der potenziell Involvierten aber bislang auf die Betroffenen – bei diesen lag allerdings hohes Gewicht – eingeschränkt; ein Missstand, dem der Gesetzgeber jetzt abhelfen will. Auf ein vergleichbares Interesse seitens der Öffentlichkeit stoßen viele Bauvorhaben, die ebenso konkret, aber zumeist noch sehr viel überschaubarer sind als die der Planfeststellung unterliegenden Großprojekte der Infrastruktur. Hier kennt das deutsche Baurecht aber faktisch keine öffentlichen Beteiligungsrechte und -pflichten – mit Ausnahme der unmittelbaren Anrainer und Nachbarn, soweit sie in ihren Rechten verletzt werden. Entsprechend stark ist die Stellung der Antragsteller, der Verwaltung und der zuständigen parlamentarischen Gremien in diesen Verfahren.

Bürgergesellschaft und Beteiligungskultur

Zu überlegen ist, ob die beschriebenen Planungsverfahren vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen überdacht werden müssen. Der strukturell wohl bedeutsamste Grund könnte sein, dass mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in unterschiedliche Milieugruppen, der Heterogenisierung, Pluralisierung und Individualisierung, offenbar eine abnehmende Bindung an große gesellschaftliche Interessenvertretungen, wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften etc., einhergeht. Gepaart mit dem gestiegenen Bildungsniveau und den infolge des gesundheitlichen und produktiven Fortschritts gewonnenen zeitlichen Spielräumen schlägt sich das vorhandene und offenbar wachsende Mitwirkungsinteresse nicht mehr vorrangig in diesen Institutionen, sondern in sach- oder themenbezogenen unabhängigen Initiativen, Vereinen und Zusammenschlüssen nieder. Die Bindung an die großen gesellschaftlichen Institutionen löst sich nicht generell auf, relativiert sich aber deutlich in Bezug auf bestimmte Einzelfragen. Das Grundvertrauen, die eigenen Interessen würden von diesen Institutionen in allen Belangen schon richtig vertreten, schwindet.

Unmittelbar damit einher gehen Forderungen nach mehr Information und Transparenz, nach Bürger- und Volksentscheiden, denen die Politik Schritt für Schritt nachgekommen ist und wohl noch weiter nachkommen wird. Das aber führt zu einer notwendigen Neuaustarierung des Verhältnisses von direkten und repräsentativen Demokratieelementen und Entscheidungsstrukturen, das zumindest im Hinblick auf das Planungssystem und den damit verbundenen juristischen Überbau noch recht unausgegoren ist. Um nur zwei Fragestellungen anzusprechen: Wann sollten bzw. müssen Bürgerentscheide in einem Planverfahren erfolgen, damit die planenden Institutionen nicht endgültig zu einer Ineffizienzverwaltung degenerieren? Welche räumliche Ebene darf und muss über welchen lokal, regional oder überregional bedeutsamen Vorgang entscheiden? Es geht noch weiter: Immer häufiger werden zur Vermeidung von allzu vereinfachenden Ja/Nein-Fragen bei komplexen Planungsthemen berechtigterweise Vermittlungs- und Mediationsverfahren eingesetzt. Unklar ist aber oft, welche Verbindlichkeit den dort ausgehandelten Vereinbarungen in Bezug auf individuell oder institutionell vorgebrachte Einwendungen im förmlichen Beteiligungsverfahren eigentlich zukommen kann. Denn von der Verpflichtung zu einer fach- und sachgerechten Abwägung und deren juristischer Überprüfbarkeit entbinden diese ja nicht.
Ähnliche Probleme stellen sich auch mit den neuen Möglichkeiten der Online-Beteiligung. Unstrittig sind die vereinfachten Informationszugänge und Beteiligungsplattformen ein großer Fortschritt, auch wenn die Potenziale des Netzes hinsichtlich *crowdsourcing*, der Initiierung von Bottom-up-Prozessen und der Kombination mit traditionellen Face-to-Face-Formaten noch bei Weitem nicht ausgeschöpft sind. Jetzt schon zeigt sich, dass wenn auch nicht alle, so doch immerhin andere und breitere Kreise einbezogen werden können. Vor allem die sozial schwächeren Bevölkerungsteile sowie jene mit Migrationshintergrund machen auch von diesem Instrument wenig Gebrauch – ein altbekannter Mangel auch aller traditionellen Beteiligungsverfahren. Und so bleibt das unge-

Neue Messe Hamburg (Entwurf: Ingenhoven Architects) New Hamburg Fair (design by Ingenhoven Architects)

The result, however, is a need to rebalance the relationship between direct and representative elements of democracy and decision-making structures, a process which is still pretty half-baked, at least with regard to the planning system and its associated legal framework. To address just two issues: when should, or must, referendums take place in a planning process, so that the planning bodies do not end up turning into an inefficient form of administration? Which geographic level of government should and must decide about which locally, regionally or nationally important process? But that is not all: increasingly, negotiation and mediation procedures are, with justification, being introduced to avoid over-simplistic yes/no questions in complex planning topics. Yet it is often unclear whether these negotiated agreements have any binding force with regard to individual or institutional objections within the official participation process; for they certainly do not remove the obligation to conduct a professional and material "weighing of interests," which has to stand up to judicial scrutiny.

The new opportunities provided by online participation present similar problems. Easier access to information and participation platforms is undeniably a major step forward, even though the potential of the Internet with respect to crowdsourcing, the initiation of bottom-up processes, and their combination with face-to-face formats are still far from being fully exhausted. It is becoming evident that, if not all, then at least different and wider groups can be involved. The socially weaker sectors of the population in particular, as well as those from an immigrant background, are making limited use of this tool – a notorious shortfall found in all traditional participation processes as well. Thus the unsolved problem of inadequate representation and democratic legitimacy is preserved in the Internet age as well.

Participation Culture and Planning Procedures

Looking ahead, any more fundamental reform of the tried-and-tested planning procedures ought to bear several aspects in mind: for one thing, the aim – predicated on social changes – of not only strengthening participation culture in the sense of improving information and offering more participation options, but also in terms of joint decision-making. Secondly, care must also be taken to ensure that more elaborate participation processes do not result in unforeseen planning loops that make the procedure even more confusing for third parties; since this would be diametrically opposed to the reasonable demands of contractors, citizens and politicians for leaner, shorter, and more efficient procedures. We should not forget that processes lasting years may contribute to legal certainty, but they are anything but citizen-friendly. Of course, this also means recognising that the necessary human and material resources must be provided both for speedy planning processes and for participation procedures that go beyond the legal minimum requirement.
Finally, there must be a guarantee that the compromises reached through painstaking negotiation – with the exception of matters

Improvisation

Das Urbane ist voller Wandlung, sich überkreuzender Bewegungen und unvorhersehbarer Situationen. Das „Hier und Jetzt" ist die Leidenschaft der Bewohner der Städte. Anders gesagt: Das Urbane ist heute zu einem Labor des Sozialen geworden. Stadt ist und bleibt bei allen Veränderungen ein Möglichkeitsraum im ständigen Wandel, in dem sich kein gesellschaftlicher Zustand permanent festhalten oder gar in einen baulichen Zustand endgültig übersetzen und einfrieren lässt. Umso bedeutungsvoller ist die urbane Praxis für alle Versuche einer zielgerichteten Einflussnahme auf die Veränderungen der Stadt.
Die These hier ist, dass diese urbane Praxis maßgeblich als Technologie der Improvisation zu definieren sei. Improvisationstechnologie meint den Versuch, die üblichen Handlungsabläufe und Strategien von Planung zu verlassen und sich „in urbane Situationen hinein" zu begeben, um dort Möglichkeiten und Kräfte der Veränderung auszuloten und Akteure wie Ressourcen angestrebter Veränderungen spielerisch und kreativ neu zu verknüpfen und dadurch neue Dynamiken zu ermöglichen oder zu stimulieren. Drei Beispiele sollen darauf hinweisen, was hier konkret gemeint sein könnte.

Europäische Urbanität

Mit seiner Studie „Hollocore Ruhrgebiet, 2002" zeigt Rem Koolhaas auf, dass die sogenannte europäische Stadt in eine neue Form europäischer Urbanität überführt wird, die ihren baulich-räumlichen Ausdruck findet in einer formlosen Superregion, die sich zwischen Brüssel, Amsterdam und dem Ruhrgebiet erstreckt: 32 Millionen Einwohner – 6,4 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union – leben hier in Städten und Gemeinden, von denen keine mehr als eine Million Einwohner hat, zwei Drittel leben in Städten mit weniger als 200.000 Einwohnern und an Orten, die kaum jemand kennt. Um „Identität" zu erzeugen, reduzieren sich Stadtzentren auf ihre historischen Einkaufsstraßen, derweil füllen sich die Zwischenräume mit einer Mischung aus Geschäfts-, Einkaufs-, Industrie-, Villen-, Büro- oder Brainparks – gesichtslose urbane Materie, eingebettet in massive neue Arten von Grün.
Eine solche fluktuierende Urbanität lässt sich weder mit einer auf Funktionen noch mit einer auf Form gerichteten Planung beeinflussen. Statt mit Gestaltungswillen agieren zu können, ist Planung darauf zurückgeworfen, überhaupt den Ausdruck der zunehmend disparaten gesellschaftlichen Ansprüche an die Stadt lesen zu lernen, um daraus neue Handlungsformen abzuleiten. Mit Musil ließe sich sagen: „Es ist die Wirklichkeit, welche die Möglichkeiten weckt, und nichts wäre so verkehrt, wie das zu leugnen."[6]

Platz schaffen

Lacaton & Vassal ist ein Architekturbüro, das versucht, konstruktiv mit dem Bestehenden umzugehen. Die Interventionen des Büros begründen sich in der urbanen Situation selbst, im „identifying elements, forces, and energies that are genuinely determining the spatial performance of a given situation". Lacaton & Vassal versuchen, räumliche Strukturen zu schaffen, um neue Aneignungsformen von Raum zu ermöglichen. „For us, this is very often not architecture, but the activities that take place in or around it, thanks to or despite the architecture." Wie funktioniert das?
1996 erhielten Lacaton & Vassal den Auftrag, den Place Léon Aucoc, einen Platz im Arbeiterbezirk der Stadt Bordeaux, zu sanieren. Die Architekten verbrachten erst einmal viel Zeit auf dem Platz und versuchten dessen Gebrauch zu ergründen. Dieser phänomenologische Ansatz erlaubte es ihnen, festzustellen, dass der Platz baulich bereits alles hatte, was gebraucht wurde. Folgerichtig verzichteten sie auf bauliche Maßnahmen und veranlassten stattdessen ein Regelwerk simpler Instandhaltungsarbeiten, die vernachlässigt worden waren. Mit einer solchen minimal-strukturellen Intervention, wie sie für die Improvisation typisch ist, erhöhten sie die Nutzungsperformanz des Platzes. Diese Form der Improvisation vertraut zwar auf Intuition,

„Es ist die Wirklichkeit, welche die Möglichkeiten weckt, und nichts wäre so verkehrt, wie das zu leugnen." (Robert Musil)

Urban Practice

For rationally minded town planners, urban developers or urbanists, this urban practice represents a blind spot or "blind field": "... they don't see it, and certainly cannot grasp it as such. With complete peace of mind, they substitute its representations of space, of social life, of groups and their relationships for praxis. They don't know where these representations come from or what they imply – that is, the logic and strategy that they serve."[5]
For urban development work to succeed in the broadest sense, and cooperatively, the crucial factor will be to find new forms for investigating urban practice and for developing the skills needed for it. And for what reason? Because a certain knowledge (which might be called "silent" or even "implicit") is expressed and unlocked in this practice, stored within it as *tacit knowledge*. Lefebvre even goes so far as to say that the urban sphere itself is the key area of knowledge in the present and for mastering the tasks of the future. Hence new forms of investigation that lead to this practice are needed as well, in order to incorporate and utilise them. The recognisable phenomena of urban living environments do not reveal how the rhythms of the city are connected, nor does written documentation about everyday life alone give access to the impacts of urban processes.

Improvisation

The urban sphere is full of change, intersecting movements, and unforeseeable situations. The inhabitants of cities are passionate about the "here and now." In other words, the urban sphere has now become a social laboratory. Through all the changes, the city is, and remains, a "possibility space" in a constant state of flux, where no social condition can be captured permanently, or even definitively translated and frozen into a structural state. This makes urban practice all the more important for all attempts to exert targeted influence on changes to the city.
The argument here is that urban practice can essentially be defined as the technology of improvisation. Improvisation technology means the attempt to move away from conventional courses of action and planning strategies, and engage "in urban situations": the aim is to explore the capacity and strength of change, and to make new links in a playful and creative way with actors and resources striving for change, thus facilitating or stimulating fresh dynamic energy. The following three examples give an indication of what this could mean in practice.

European Urbanity

In his study "Hollocore Ruhrgebiet, 2002," Rem Koolhaas shows that the so-called European city is being converted into a new form of European urbanity, which finds its structural and geographic expression in an amorphous super-region linking Brussels, Amsterdam, and the Ruhr Valley: 32 million inhabitants – 6.4 per cent of European Unions population – live there in cities and towns, where no population exceeds a million, and two-thirds live in cities with fewer than 200,000 inhabitants, in places no one has ever heard of. In order to create an "identity," city centres are reduced to their traditional shopping streets, while the peripheries are filled with a mixture of commercial, shopping, and industrial spaces, along with mansions and innovation parks – faceless urban matter embedded within massive new varieties of greenery.
This type of fluctuating urbanity cannot be influenced by planning directed towards either function or form. Instead of its actions being based on creative drive, planning must resort to learning to interpret the increasingly disparate social claims to the city, so that new types of activity can be derived from them. One has to concur with the writer Robert Musil: "It is reality that awakens possibilities, and nothing would be so perverse than to deny it."[6]

Creating a Square

Lacaton & Vassal is a team of architects who try to deal constructively with what already exists. The agency's interventions are based on the

"It is reality that awakens possibilities, and nothing would be so perverse than to deny it." (Robert Musil)

Moderner Staat und neues Mäzenatentum

Der sich im 19. Jahrhundert herausbildende moderne Verfassungs- und Verwaltungsstaat war kein Mäzen mehr. Er hatte im Auftrag der Bürger zu handeln, denen er Rechenschaft schuldig war. Dass er dies oft vergaß (und vergisst) und glaubte, selbstherrlich handeln und Gnaden spenden zu dürfen, andererseits aber nicht ganz auf private Mäzene verzichten konnte, lag an der kaum beherrschbaren Entwicklung der Städte, der gravierenden sozialen Not, aber auch dem staatszentrierten Gesellschaftsbild des 19. und 20. Jahrhunderts einerseits und dem Aufstieg des Bürgertums zu einer zunehmend wichtigen sozialen Kraft andererseits. Dieses brachte die Mäzene hervor, die sich in die Entwicklung von Wohnungs- und Siedlungsbau, aber auch einer kulturellen Infrastruktur einschalteten, als Bauherren ebenso wie als Projektentwickler und Finanziers.[10] Zunehmend entschieden auch Wirtschaftsunternehmen durch Entscheidungen und Maßnahmen über das Schicksal ganzer Städte mit und wollten dafür als Mäzene gelobt werden. Neben Werksgebäuden gehörten oft auch Gestaltungen für die Allgemeinheit zu ihren Schöpfungen.
Das 20. Jahrhundert war dennoch, zumindest in Deutschland, kein Jahrhundert der Mäzene.[11] Die Macht des Staates und der Stadtregierungen nahm zu, das Vermögen und der Einfluss einzelner Bürger nahmen rapide ab. Heute jedoch wird eine Trendwende erkennbar. Nicht nur haben die Vermögen in der Hand der Bürger trotz hoher Steuerbelastung und steigender Lebenshaltungskosten massiv zugenommen, während viele Städte, zum Teil nicht ohne eigenes Verschulden, unter erheblichen Finanzierungsproblemen leiden. Das weckt Hoffnungen und Begehrlichkeiten, wohl andererseits auch Ehrgeiz und Handlungsbereitschaft. Wichtiger erscheint freilich der Umstand, dass das Scheitern des Anspruchs der Gebietskörperschaften, alles zu gestalten und zu durchdringen, die Herausbildung der modernen Zivilgesellschaft begünstigt und ein erheblich gestiegenes Selbstbewusstsein der Bürger hervorgebracht hat. Obrigkeitsstaatliche Bevormundung erscheint nicht mehr akzeptabel. Damit tritt dem Top-down-Ansatz der Planung ein immer deutlicher formulierter Bottom-up-Ansatz der Bürger gegenüber.

Die Unternehmer und Kunstmäzene Helmut und Hannelore Greve (Mitte, mit Berndt Röder, Präsident der Hamburger Bürgerschaft, links und Hamburgs Erstem Bürgermeister Ole von Beust, rechts). Das Paar erhielt am 29. September 2005 für sein jahrelanges Engagement für das Gemeinwohl (Mitfinanzierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen) die Ehrenbürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Entrepreneurs and patrons of the arts Helmut and Hannelore Greve (centre, with Berndt Röder, President of the Hamburg Bürgerschaft on the left, and Hamburg's Mayor, Ole von Beust, on the right). The couple were awarded honorary citizenship of the Free and Hanseatic City of Hamburg on 29 September 2005 for their years of commitment to public welfare (co-financing educational and cultural facilities).

Mäzene als zivilgesellschaftliche Akteure

Freiwilliges, selbstermächtigtes selbstorganisiertes Handeln nach eigener Agenda scheint, unterstützt von den Möglichkeiten der modernen Kommunikation, geradezu zum Markenzeichen des beginnenden 21. Jahrhunderts zu werden.[12] Für die Entwicklung unserer Städte ist dies ein unschätzbarer Gewinn. Je mehr Bürger sich wahrhaft als Eigentümer und Mitgestalter empfinden, desto eher bleibt die Stadt von Verödung einerseits und Missachtung andererseits bewahrt, desto mehr wird sie zum geschätzten kreativen und integrativen Lebensraum.
Für diese Aufgabe rüsten sich immer mehr kollektive Akteure der Zivilgesellschaft.[13] Immer mehr Bürger schließen sich zu Bürgerinitiativen, Bürgerstiftungen und anderen Vereinigungen zusammen. Sie leisten entscheidendes;

Kurt A. Körber (1909–1992), Unternehmer und Mäzen, 1989 in den Deichtorhallen von Hamburg Kurt A. Körber (1909–1992) entrepreneur and patron, in Hamburg's Deichtorhallen in 1989

Gerd Bucerius (1906–1995), Verleger, Publizist und Förderer 1985. Gerd Bucerius (1906–1995), publisher, journalist, and benefactor in 1985.

to the development of their native towns. This all became more difficult in modern times. The "Fuggerei" in Augsburg, one of the world's first social housing complexes built by the Fugger merchant family in the 16th century, is a late example of such expansive patronage.[7]
Even into the modern era, however, rulers believed it to be part of their role to act as patrons – in two respects in fact. On the one hand, they regarded their country as their property and felt no obligation to erect buildings or build roads for their subjects. On the other hand, it was their ultimate desire to be remembered as benefactors and to develop their territory.[8] When the State (whether based on a monarchy or republic) claimed sole authority for itself, private patrons had to subordinate themselves to the general will and had to guard against being conspicuously extravagant. After a meteoric rise, the French minister Nicolas Fouquet became famous for being a patron who failed miserably. He built the chateau of Vaux-le-Vicomte near Paris which was innovative in terms of architecture and landscaping; shortly after inviting his king, Louis XIV, to its official inauguration, he was sentenced to life behind bars.[9]

The Modern State and New Patronage

The modern constitutional and administrative State which emerged in the 19th century was no longer a patron. It had to act on behalf of citizens, to whom it was accountable. The fact that it often forgot (and forgets) this, believing it can act autocratically and bestow favours, while not quite being able to dispense with private patrons, can be explained by the almost uncontrollable development of cities, severe social hardship and State-centred social profile of the 19th and 20th centuries on the one hand, and by the rise of the bourgeoisie as an increasingly important force in society on the other. This produced patrons who intervened in the development of both social housing construction and a cultural infrastructure, as building contractors, project developers and financiers.[10] The decisions and measures of commercial enterprises increasingly gave them a say in the future of entire towns, for which they sought praise as patrons. Their creations often included designs for the general public, as well as for factory buildings.
Yet in Germany, at any rate, the 20th century was not an age of patrons.[11] The power of the State and municipal governments grew, while the wealth and influence of individual citizens rapidly dwindled. However, a reversal of this trend can be observed today. Not only has citizens' disposable wealth increased dramatically, in spite of high taxation and the rise in living costs, but many cities are by contrast experiencing severe financial problems, partly through faults of their own. This context creates hopes and desires, as well as the flip side of ambition and willingness to take action as well. More importantly, the failure of regional authorities' aspirations to design and permeate everything favours the development of modern civil society and has produced substantially greater self-confidence in citizens. Authoritarian paternalism is evidently no longer acceptable. The result is that planning's top-down approach is now up against a bottom-up approach by citizens that is being articulated with increasing clarity.

Patrons as Actors in Civil Society

It seems as if action that is voluntary, self-empowered, and self-organised according to a personal agenda is becoming the trademark of the early 21st century, with the support of modern communication options.[12] This is an invaluable bonus for the development of our cities. The more citizens feel they truly own and are part of change, the more likely the city is to be saved from both atrophy and contempt, and the more it will become a highly valued, creative and integrated living space. Increasing numbers of collective actors in civil society are gearing themselves up for this challenge.[13] More and more citizens are joining civic initiatives, citizen foundations, and other organisations. They are making a real difference, but their particular decision-making process – solidly rooted

zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." Hier wäre das Internet als neues Medium zu ergänzen. Es ermöglicht fast allen Bürgern einer aufgeklärten Demokratie den direkten Zugang zu Quellen und dient einer neuartigen Berichterstattung sowie einer Verbreitung von Wissen. Das Internet als vielfältiges Medium spielt heute bei allen Initiativen, Vereinen oder Netzwerken, auch in Sachen Baukultur, eine große Rolle.
Den Medien – gelegentlich als „vierte" Gewalt im Staat bezeichnet – sprechen Bürger zunehmend die Kritik- und Kontrollfunktion der drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative ab. Der Grund liegt in der wirtschaftlichen Schwächung herkömmlicher Medien durch kostenfreie Ersatzmöglichkeiten und ihrer damit wachsenden Abhängigkeit und Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Interessen. Die zunehmende Unterfinanzierung von seriösem Journalismus treibt deshalb Bürger scharenweise zu anderen Quellen der Informations- und Meinungsbildung.
Es gibt also inzwischen eine Öffentlichkeit jenseits von klassischen Medien wie Rundfunk und Fernsehen: das World Wide Web. Das Netz ist jedoch kein tauglicher Ersatz für die Grundsätze der Gewaltenteilung in einer Demokratie, sondern lediglich eine von vielen Möglichkeiten für Bürger, sich zu artikulieren, und für die Politik, eine größere Nähe zum Volk wiederherzustellen.
Dies verdeutlichte das zweite „offene Forum Baukultur" des Fördervereins Bundesstiftung Baukultur e.V. in Hamburg im Juni 2012. Dort stellten sechs weitere Initiativen ihre Ziele vor: Wolfram Günther vom Netzwerk Stadtforen Mitteldeutschland (Thema seines Vortrags: „Städte erhalten, Bürger beteiligen"), Matthew Griffin von der Initiative Stadt Neudenken, Berlin („Liegenschaftspolitik für soziale und kulturelle Vielfalt"), Julia Priani und Sabine Stövesand von der Initiative Esso Häuser, Hamburg („Gegen den Abriss – Wir sind kein Objekt!"), Brigitte Jupitz vom Bürgerforum pro stadtBAUmeister („Nürnberg: Stadt ohne Stadtbaumeister?"), Barbara Zibell vom Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover e.V. („Quer- und Anders-Denken. Eine öffentliche Beteiligungskultur") und Jörn Tore Schaper vom Bremer Zentrum für Baukultur („Kultur der Einmischung – eine Analyse Bremer Bürgerinitiativen").

… versteht es zunehmend, sich Gehör zu verschaffen.

Bei diesen Initiativen und ihren Zielen bekam die Zwischenüberschrift „Wer das Volk befragt, bekommt wichtige Hinweise" aus einem Essay von Peter Conradi[3] ein Gesicht: „Das einfachste Instrument direkter Demokratie ist die Volks- oder Bürgerbefragung, bei der die Stimmbürger nach ihrer Meinung zu einem Gesetzentwurf, einem Projekt, einer Planung gefragt werden. Das Ergebnis einer Befragung kann für das Parlament und für die Exekutive ein wichtiger politischer Hinweis sein, auch wenn es die parlamentarischen und exekutiven Gremien nicht bindet."
Allerdings war es in den sechs oben genannten Fällen leider andersherum: Die Politik befragte nicht das Volk, sondern setzte ihm eine fertige (Investoren-)Planung vor. Das Volk wehrte sich, indem es sich zu Interessengemeinschaften zusammentat und seine Bedürfnisse in die Öffentlichkeit hinein kommunizierte. Zum Teil mit großem politischen Erfolg.
Beispielhaft seien hier zwei Initiativen aus Berlin und Hamburg hervorgehoben. „Stadt Neudenken, Berlin" plädiert für eine Liegenschaftspolitik der sozialen und kulturellen Vielfalt und verweist auf die unsichtbaren „Prästrukturen", die – außerhalb der Kontrolle von Bürgern und Architekten – im Einflussbereich der öffentlichen Hand liegen. Fünf Prinzipien eines behutsamen Vergabeverfahrens arbeitet die Initiative dabei heraus:

1. Kommunales Eigentum soll langfristig erhalten, Erbbaurecht angewendet, Eigentum des Grund und Bodens von dem des Gebäudes getrennt, Prozesse gesteuert, Stabilität gefördert, spekulative und funktionale Werte entkoppelt und ökonomisch nachhaltig

Wer Bürgerbeteiligung in den Wald hineinruft und sie am Ende nicht ernsthaft und konsequent umsetzt, wird Widerstand und Politikverdrossenheit ernten.

Anyone who sows the seeds of civic participation and does not cultivate them seriously and systematically, however, will reap a harvest of resistance and disenchantment with politics.

Nearly 2,000 actors are listed in the *Handbuch der Baukultur* (Handbook of Building Culture), a reference book on building culture in Germany.[1] Institutions, chambers, associations, businesses, initiatives, clubs, agencies, and interested individuals – along with other stakeholders in building culture – they can all sign up to an ever growing network through this handbook, which is also available online. Several initiatives and their associated activities are regularly presented in person and discussed in open forums of the Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V. (Federal Foundation for Building Culture Support Association).
The first "Open Forum on Building Culture" by the Federal Foundation support association's in May 2011 in Potsdam addressed the theme of "Civic Involvement in Matters of Building Culture," under the intellectual aegis of the architectural sociologist Werner Sewig, sadly now deceased. Projects from six initiatives were presented: Christian Wendling, "House of Architecture" in Cologne; Peter Burk, the "Architects Without Borders" association of Stuttgart/Freiburg; Nicole Froberg, the "Building Culture Network" in Lower Saxony; Thomas Knerer, "ZEITGENOSSEN e.V.", an initiative for contemporary building culture in Dresden; Sonja Beeck, the "IBA Laboratory Berlin 2020"; and Martin Kohler, the "Harbour Safari" association in Hamburg. Imaginative individual initiatives and interdisciplinary networking in the field of building culture – a common thread running through all of these projects – is a kind of basic matrix for civic involvement in promoting building culture in Germany.
In his introductory lecture entitled "Beyond Stuttgart 21: Citizens and Power," Werner Sewing focused quite rightly on the political issue of the separation of powers under the terms of the Basic Law of the Federal Republic of Germany of 1949. According to Sewing, the separation of the three branches – legislative (Bundestag, Bundesrat, federal state parliaments), executive (federal and state governments, administration), and judicial (all courts) – serves to limit powers, and safeguard freedom and civil rights, thus making it a robust part of an enlightened modern democracy. The founders' idea of the founders was the sovereignty of the people[2] – they elect their political representatives for a fixed period, and in this way can limit their power.
For many citizens, however, the option of elections every four to five years seems inadequate. As individualisation increases, so, too, do demands to participate. Despite apparently endless possibilities for communication (for instance, video and Twitter messaging in instant mode), a political representative often seems abstract and too far removed from individual needs. Referendums, on the other hand, which mainly provide a black-and-white snapshot in the form of yes/no questions, seem only second-best as means of choice for complex building culture processes, especially as they take place too late.

The Media-networked Public…

Here a look at Article 5, Paragraph (1) of the Basic Law proves helpful: "Every person shall have the right freely to express and disseminate his opinions in speech, writing and pictures, and to inform himself without hindrance from generally accessible sources. Freedom of the press and freedom of reporting by means of broadcasts and films shall be guaranteed. There shall be no censorship." This point should be expanded to include the Internet as a new medium. It enables direct access to sources for nearly every citizen, and provides a new form of reporting as well as dissemination of knowledge. Today the diverse medium of the Internet plays a key role in all initiatives, associations and networks, as well as in matters related to building culture.
The media – occasionally referred to as the "Fourth Estate" – increasingly denies citizens the function of criticising and controlling the three branches of legislation, executive and judiciary. This is because traditional media have been weakened economically by free media-based substitutes, especially the Internet, and as a result they are becoming more dependent on, and merged with, economic and political interests. The incremental underfunding of